

Treibstoff

brachte das Ausland Dinge in Gang. Von Fabian Renz und Andreas Valda



Raum der Entscheidungen: Im Nationalratssaal im Bundeshaus werden Gesetze zerzaust und beschlossen. Foto: Luca Zanier (Keystone)

Asylpolitik Schnelle Verfahren verzögern sich

Anja Burri

Die Schweiz ist von der Flüchtlingskrise in Europa bisher nur am Rande betroffen. Dennoch sind die Geschehnisse, die 2010 als Arabischer Frühling in Nordafrika begannen, bis heute ein Stresstest für das Schweizer Asylwesen. Die Asylgesuche stiegen 2011 deutlich an, die Schweiz hatte Probleme, abgewiesene Asylsuchende zurückzuschicken. Ein Asylverfahren dauerte 2011 im Durchschnitt 1400 Tage - viel zu lange, war man sich einig.

Die Folge waren verschiedene Verschärfungen: Für chancenlose Asylsuchende aus dem Westbalkan führte der Bund ein 48-Stunden-Verfahren ein. Im September 2012 verabschiedete das Parlament dringliche Massnahmen. Das Botschaftsasyl gibt es nicht mehr, Dienstverweigerung ist kein Asylgrund mehr. Und es schuf die Grundlagen, um das Asylwesen der Zukunft zu testen. Der Bund will die Mehrheit der Asylsuchenden in Bundeszentren unterbringen und deren Asylverfahren in maximal 140 Tagen durchführen. Das Stimmvolk bestätigte die dringlichen Änderungen im Juni 2013. Am Freitag verabschiedete das Parlament die Vorlage, um die Beschleunigung der Verfahren dauerhaft ins Gesetz zu schreiben. Das von der SVP angekündigte Referendum wird die Umsetzung wohl zumindest verzögern. Die Flüchtlingskrise bleibt aber so oder so eine Herausforderung. Die Schweiz will sich an der geplanten Umverteilung von Flüchtlingen in Europa beteiligen. Eine Alternative zum angeschlagenen Dublin-System der EU ist nicht in Sicht.

Raumplanung und Verkehr Sorge um den Boden nimmt zu

Fabian Renz

Ehern galt bis vor wenigen Jahren: Raumplanung ist Sache der Kantone und Gemeinden, der Bund hat sich so wenig wie möglich einzumischen. In dieser Legislatur wurden die Gewichte erstmals auffällig in Richtung Bundesbern verlagert. Schockwirkung für das Establishment im Berggebiet entfaltete vor allem Franz Webers Zweitwohnungsinitiative: Im März 2012 hiess das Stimmvolk eine Obergrenze von 20 Prozent Zweitwohnungen pro Gemeinde gut. Die Arbeiten am dazugehörigen Gesetz kamen ausgesprochen schleppend voran - erst in diesem Frühjahr konnten sich Initianten und Parlamentsmehrheit auf einen Kompromiss einigen.

Für mehr Bodenschutz votierten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch im März 2013, als sie zum neuen Raumplanungsgesetz Ja sagten. Dieses schränkt die Kantone bei der Einzonung von Bauland teilweise ein; es sieht zudem unter anderem eine Mehrwertabgabe für Gewinne auf hochklassiertes Land vor. Mit dem Raumplanungsgesetz reagierte das Parlament auf eine Anti-Zersiedlungs-Volksinitiative - die im Anschluss zurückgezogen wurde.

In einem gewissen Kontrast zur Sorge um den Boden steht der ungebrochene Elan des Parlaments, wenn es um die Förderung der Mobilität geht. Wichtigstes verkehrspolitisches Geschäft war das Bahnausbauprogramm Fabi, das Projekte für 6,4 Milliarden Franken beinhaltet. Es wurde am 9. Februar 2014 in der Volksabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen.

Sicherheitspolitik Rechte Einigkeit bei der Armee

Fabian Renz

Der fehlgeschlagene Kauf des Kampfflugzeugs Gripen war das sicherheitspolitische Geschäft, das in dieser Legislatur über die Schweizer Grenzen hinaus für Aufsehen sorgte. Das Votum des Stimmvolks im Mai 2014 schuf nicht nur eine bis heute anhaltende Unsicherheit, wie mit der veraltenden Schweizer Luftwaffe zu verfahren sei. Der Entscheid bedeutete auch eine herbe Niederlage für die bürgerlichen Parteien, deren Zusammenarbeit in Militärbelangen so gut spielt wie kaum anderswo. Und die Armeeoberen mussten erstmals erfahren, dass sie an der Urne auch in der solid-bürgerlichen Schweiz nicht automatisch eine Mehrheit auf sicher haben.

Vom Gripen abgesehen, war es eine stille Legislatur für die Armee. Mit Ueli Maurers Wahl zum Verteidigungsminister 2009 endete die sicherheitspolitische Daueropposition der SVP - dass die Partei diesen Sommer Maurers Armee-reform im Nationalrat ausbremste, scheint als Ausnahme die Regel zu bestätigen. Auch an der Armeespitze herrscht Ruhe, seit André Blattmann 2009 den Posten des gefallenen Roland Nef übernommen hat. Die Volksinitiative gegen die Wehrpflicht scheiterte 2013 an der Urne mit Dreiviertelmehr.

Dafür hat sich eine eigentümliche Kluft zwischen dem militärfreundlichen Parlament und dem Bundesrat aufgetan. Seit Jahren weigert sich die Regierung hartnäckig, der Armee den verlangten Finanzrahmen von jährlich 5 Milliarden Franken zuzugestehen - die Legislative hält ebenso hartnäckig daran fest.

Aufsteiger Die neuen Parlamentarier, die sich profilieren konnten

Thomas Aeschi Pathetisch und übereifrig, fleissig und kompetent

Der Zuger Nationalrat und Unternehmensberater Thomas Aeschi verkörpert perfekt die neue SVP-Generation: gut ausgebildet, weit gereist und sehr patriotisch. Wenn es um die Souveränität der Schweiz geht, werden die Voten von Aeschi pathetisch. Man sieht ihm dies und seinen Übereifer - wenn er etwa wie ein Schüler einem Medienseminar des Finanzdepartements beiwohnt - nach. Denn Aeschi ist fleissig und kompetent. Bereits führt er die SVP-Gruppe in der Wirtschaftskommission an. Die Mechanismen in Bern hat er schnell verinnerlicht, und in Wirtschafts- und Finanzfragen ist der 36-jährige Tonangeber in der SVP. (dk)



Cesla Amarelle Sommarugas Statthalterin in der Romandie

Die Neuenburger Rechtsprofessorin ist in den Deutschschweizer Medien wenig präsent. Im Bundesberner Machtgefüge indes hat sich Cesla Amarelle zu einer Instanz gemausert - insbesondere zu einer ausländerpolitischen. Die 44-jährige SP-Nationalrätin hat wesentlichen Anteil daran, dass die Sozialdemokraten Simonetta Sommarugas Asylreform mittragen. Amarelle, die nach zwei Jahren bereits zur Präsidentin der Staatspolitischen Kommission aufrückte, gilt als Vertraute der Justizministerin, mehr noch: als deren Augen und Ohren in der Romandie. Gezielter als andere Welsche pflegt sie aber auch Allianzen mit Deutschschweizern. (fre)



Jacqueline Badran Die polarisierende Retterin der Lex Koller

Egal, ob man Jacqueline Badran mag oder nicht, eines ist klar: Sie lässt niemanden kalt. Ihre Ziele verfolgt die Zürcher SP-Nationalrätin mit viel Engagement und Sachverstand. Dazu passt, dass die IT-Unternehmerin keine Vorstösse für die Galerie schreibt. Was sie macht, hat Inhalt - sie genießt deshalb auch im bürgerlichen Lager Respekt. So hat Badran die Lex Koller - die Einschränkung des Erwerbs von Grundstücken durch Personen aus dem Ausland - gerettet. Badrans anvisierte Verschärfung scheiterte zwar im Ständerat, doch Bundespräsidentin Sommaruga arbeitet an einem Gesetz mit der gleichen Stossrichtung. (dk)



Kathrin Bertschy Unerschrocken gegen die Bauernlobby

Es war in der Debatte um die neue Agrarpolitik 2012. Die Bauernvertreter traten scharenweise ans Rednerpult, um die Berner GLP-Nationalrätin zu testen. Die Taktik, der Ökonomin abzusprechen, scheiterte grandios. Mittlerweile gehört Bertschy zu den einflussreichsten Landwirtschaftspolitikern und zu den grössten Kritikern der Agrarlobby. Egal, ob Kartellgesetz oder «grüne Wirtschaft»: Bertschy argumentiert mit ökonomischem Sachverstand und seziert präzise die Argumente der Gegner. Liberal schliesst für Bertschy die Gesellschaftspolitik mit ein. Ihr Vorstoss für die Homo-Ehe ist auf Kurs. (dk)



Andrea Caroni Eloquent, schnell und ehrgeizig

Der 35-jährige Ausserrhoder Anwalt ist ein Hoffnungsträger des Freisinns. Anders als manche in der FDP kämpft er nicht nur für Wirtschaftsfreiheit, sondern vertritt auch rechtsstaatliche Prinzipien und gesellschaftsliberale Positionen. Im Alleingang stellte der eloquente Redner ein Komitee gegen die Pädophilieninitiative auf die Beine, auch wenn der Kampf gegen das populäre Volksbegehren aussichtslos war. Obwohl Caroni erst seit 2011 im Nationalrat ist, delegierte ihn die FDP in die gewichtige Wirtschaftskommission. Und schon hat er das nächste Karriereziel auf sicher: Für die Ständeratswahl in Ausserrhoden ist er der einzige Kandidat. (br)



Stefan Engler Die CVP-Hoffnung, die aus den Bergen kam

Stefan Englers Name wird inzwischen routinemässig aufgelistet, wenn es CVP-Papabili für das Parteipräsidium oder einen Sitz im Bundesrat zu benennen gilt. Der Bündner ist rhetorisch beschlagen und verfügt über reichlich Exekutiverfahrung (zwei Jahre in der Regierung seines Kantons), verlebte als Ständerat zunächst aber eine eher ruhige erste Legislaturhälfte. Seit einiger Zeit freilich scheint er um Ecken und Kanten bemüht: In Interviews mit der «Südostschweiz» und der «Aargauer Zeitung» überraschte er zuletzt mit markiger Kritik an CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi und Bedenken zur strategischen Ausrichtung seiner Partei. (fre)



Balthasar Glättli Ein Rot-Grüner, der ohne Moralappelle auskommt

Geht Balthasar Glättli ans Rednerpult, scheint es, als sässe der 43-jährige schon lange im Parlament. Dabei ist er erst seit 2011 im Nationalrat und trotzdem schon Fraktionschef. Seine Voten für eine menschliche Asylpolitik, ein faires Mietrecht oder eine grüne Wirtschaft sind engagiert, aber keine Moralappelle zur Weltverbesserung. Glättli ist ein gewitzter Debattierer und Vertreter der urbanen Grünen. Er kämpft für Grundrechte und schlägt die Flüchtlingsunterbringung in Zweitwohnungen vor. Als Präsident des Deutschschweizer Mieterverbandes ist er zudem ein wichtiger Gegenspieler des einflussreichen Hauseigentümergebietes. (br)



Albert Rösti Hart in der rechten Sache, freundlich im Tonfall

Es war vielleicht der am wenigsten erwartete Personalentscheid einer Partei in dieser Legislatur: Im August 2013 machte die SVP den bis dato wenig in Erscheinung getretenen Berner Neo-Nationalrat Albert Rösti zu ihrem Leiter für den Wahlkampf 2015. Auf seine Weise ist Rösti ein Glücksfall für die SVP: linientreu und doch freundlich, kompatibel sowohl mit dem akademischen als auch dem bäuerlichen Milieu. Ursprünglich vor allem als Agrarpolitiker tätig, hat der 47-jährige sein Themenspektrum merklich erweitern können. Inzwischen kandidiert er als Ständerat und wird als SVP-Geheimwaffe für die Bundesratswahl gehandelt. (fre)

